

Fragen und Antworten Ernährungsinitiative

Position der Mitte in Kürze

Die Ernährungsinitiative verfolgt berechnete Anliegen. Auch Die Mitte will eine sichere Lebensmittelversorgung, den Schutz des Trinkwassers und eine nachhaltige Landwirtschaft. Die Initiative setzt dafür jedoch auf den falschen Weg. Sie schreibt starre Vorgaben in die Verfassung, schränkt den Handlungsspielraum der Landwirtschaft ein und will Produktion und Konsum stärker politisch lenken. Die Mitte setzt stattdessen auf eine starke einheimische Produktion, standortgerechte Landwirtschaft und verlässliche Rahmenbedingungen. So stärken wir die Versorgungssicherheit, ohne den Betrieben vorzuschreiben, was sie produzieren sollen und verhindern, dass wertvolle Biodiversitätsflächen unter Druck geraten. Die Mitte respektiert jede Ernährungsweise. Ob sich jemand vegetarisch, vegan oder mit tierischen Produkten ernährt, ist eine persönliche Entscheidung.

Sie sagen, die Ernährungsinitiative verfolge legitime Ziele und trotzdem sind Sie dagegen. Wieso?

Die Mitte unterstützt die Ziele der Initiative: eine sichere Lebensmittelversorgung, den Schutz des Trinkwassers und eine nachhaltige Landwirtschaft sind zentrale Anliegen der Mitte. Die Initiative verfolgt allerdings den falschen Ansatz: Sie will starre Vorgaben in der Verfassung verankern und verlangt deren Umsetzung innerhalb von zehn Jahren. Das wird den agronomischen und wirtschaftlichen Realitäten der Schweiz nicht gerecht und würde tiefgreifende Eingriffe in Produktion und Konsum erfordern. Die Mitte setzt stattdessen auf eine Agrarpolitik, die Versorgungssicherheit, Nachhaltigkeit und wirtschaftliche Realität miteinander verbindet.

Ist die Mitte grundsätzlich gegen einen höheren Selbstversorgungsgrad?

Nein. Die Mitte begrüsst es, wenn die Schweiz ihre Lebensmittelproduktion dort stärkt, wo dies sinnvoll und nachhaltig möglich ist. Einen starren Selbstversorgungsgrad in der Verfassung lehnen wir jedoch ab. Entscheidend ist nicht eine Zielzahl, sondern eine sichere und langfristig tragfähige Versorgung der Bevölkerung.

Die Initiative verlangt eine effizientere Nutzung der Landwirtschaftsflächen. Was ist schlecht daran?

Eine effiziente Nutzung der Landwirtschaftsflächen ist richtig und wichtig. Die Initiative greift jedoch zu kurz. Nicht jede Fläche eignet sich für den Ackerbau, und die Landwirtschaft erfüllt neben der Lebensmittelproduktion weitere Aufgaben wie die Pflege der Kulturlandschaft und die Förderung der Biodiversität. Die Mitte setzt deshalb auf standortgerechte Produktion statt auf starre Vorgaben.

Die Initianten sagen, man könnte deutlich mehr Menschen ernähren, wenn weniger Tierfutter produziert würde. Was entgegnen Sie?

Das klingt plausibel, greift aber zu kurz. Nicht jede Fläche, auf der heute Futter für Tiere wächst, kann für Gemüse, Getreide oder Hülsenfrüchte genutzt werden. Viele Flächen in der Schweiz sind Grasland. Deshalb braucht es eine standortgerechte Landwirtschaft statt ein vereinfachtes Rechenmodell.

Wieso ist Die Mitte dagegen, mehr pflanzliche Produkte anzubauen?

Die Mitte ist nicht gegen den Anbau von mehr pflanzlichen Lebensmitteln. Die Landwirtschaft braucht die Freiheit, sich an den natürlichen Voraussetzungen und an der Nachfrage zu orientieren. Genau diese Flexibilität würde durch die Initiative eingeschränkt. Würde die Initiative angenommen, müsste Kulturland konsequent für Lebensmittel genutzt werden. Darunter wären auch Flächen, die heute für die Biodiversität genutzt werden.

Lehnt die Mitte eine vegane oder vegetarische Ernährung ab?

Nein. Die Mitte respektiert jede Ernährungsweise. Ob sich jemand vegetarisch, vegan oder mit tierischen Produkten ernährt, ist eine persönliche Entscheidung. Wir lehnen jedoch ab, dass der Staat das Ernährungsverhalten der Bevölkerung über Verfassungsvorgaben oder Lenkungsmassnahmen steuert.

Sauberes Trinkwasser ist für alle essenziell. Finden Sie nicht, dass es gefährdet ist und man dagegen etwas tun sollte?

Der Schutz des Trinkwassers ist wichtig. Die Initiative enthält dazu jedoch keine konkreten Massnahmen. Stattdessen verknüpft sie das Anliegen mit weitreichenden Vorgaben zur Landwirtschaft und Ernährung. Ob diese den Trinkwasserschutz tatsächlich verbessern, ist offen.

Ist die heutige Landwirtschaft denn überhaupt nachhaltig?

Ja – und sie wird laufend nachhaltiger. Die Schweizer Landwirtschaft produziert heute nach hohen Umwelt-, Tierwohl- und Qualitätsstandards. Trotzdem besteht Verbesserungspotenzial – etwa bei der Reduktion von Nährstoffverlusten, der Förderung hochwertiger Biodiversitätsflächen und der Anpassung an den Klimawandel. Genau deshalb setzt die Mitte auf die laufende Weiterentwicklung der Agrarpolitik statt auf starre Verfassungsziele.

Sie sprechen von staatlichen Eingriffen. Welche konkreten Eingriffe meinen Sie?

Die Initiative beschränkt sich nicht auf ein Ziel, sondern schreibt dem Bund auch den Weg zur Erreichung vor. Sie verlangt ausdrücklich, dass der Bund eine stärker pflanzliche Ernährungsweise fördert und die Land- und Ernährungswirtschaft darauf ausrichtet. Damit erhält der Staat den Auftrag, Produktion, Förderinstrumente und Konsum in eine bestimmte Richtung zu lenken. Die Mitte ist überzeugt, dass der Staat Rahmenbedingungen schaffen soll – nicht die Ernährungsweise der Bevölkerung steuern.

Welche Auswirkungen hätte die Annahme der Initiative auf die Bauernbetriebe?

Viele Landwirtschaftsbetriebe müssten ihre Produktion an neue staatliche Vorgaben anpassen. Das würde Investitionen, Umstellungen und zusätzliche Unsicherheit mit sich bringen. Die Mitte will den Bäuerinnen und Bauern verlässliche Rahmenbedingungen bieten, statt ihnen vorzuschreiben, was sie produzieren sollen.

Sie argumentieren, dass die Initiative Arbeitsplätze in der Ernährungswirtschaft gefährdet. Was meinen Sie damit konkret?

Die Schweizer Land- und Ernährungswirtschaft ist eng vernetzt. Wenn die Produktion einzelner Produkte politisch zurückgedrängt wird, betrifft das nicht nur die Landwirtschaft, sondern auch Käsereien, Metzgereien, Futtermittelhersteller und viele regionale Gewerbebetriebe. Die Auswirkungen reichen weit über die Landwirtschaft hinaus. Die Mitte lehnt es ab, solche Veränderungen durch staatliche Vorgaben zu erzwingen.

Die Initiative setzt die Schweizer Land- und Ernährungswirtschaft unter Druck und beschleunigt den Strukturwandel. Viele Betriebe könnten die geforderten Veränderungen nicht mittragen. Das gefährdet Arbeitsplätze entlang der gesamten Wertschöpfungskette – von der Landwirtschaft über die Verarbeitung bis hin zum Gewerbe.

Würden die Lebensmittelpreise bei Annahme der Initiative steigen?

Es ist davon auszugehen, dass zusätzliche Vorgaben für die Landwirtschaft die Produktionskosten erhöhen. Diese Mehrkosten wirken sich langfristig auch auf die Preise für Schweizer Lebensmittel aus. Die Mitte will eine nachhaltige Landwirtschaft, die für die Bevölkerung und insbesondere für Familien mit kleinem Budget bezahlbar bleibt.